

Berlin, 29. März 2022



## Pressemitteilung: Berliner Registerstellen verzeichnen Höchststand rechter, rassistischer und antisemitischer Vorfälle

+++ 1000 Vorfälle mehr als 2020 +++ Starker Anstieg von Antisemitismus +++ Verdreifachung rassistischer Diskriminierung +++ Zunahme von Propaganda durch Corona-Protest

Für das Jahr 2021 haben die Berliner Registerstellen gemeinsam mit ihren Kooperationspartner\*innen 4841 **Vorfälle** (2020: 3822) mit extrem rechtem, rassistischem, antisemitischem, LGBTIQ\*-feindlichem, sozialchauvinistischem und behindertenfeindlichem Hintergrund dokumentiert. Im Durchschnitt wurden in der Dokumentation **pro Tag 13 Vorfälle** aufgenommen. Der Anstieg der Vorfälle um 26 Prozent basiert auf einem Anstieg von antisemitischen Vorfällen (+269), rassistischen Diskriminierungen (+217) und Propaganda (+708). **Angriffe** (2020: 372; 2021: 294) machen 6 Prozent der Gesamtzahl aus. 15 Prozent sind **Beleidigungen und Bedrohungen** (2020: 632, 2021: 732). Fälle von **struktureller Benachteiligung** haben einen Anteil von 8 Prozent an der Gesamtzahl (2020: 174; 2021: 398). **Propaganda** ist mit 61 Prozent aller Vorfälle die größte Kategorie (2020: 2234; 2021: 2951). **Veranstaltungen** gehen mit 6 Prozent in die Auswertung ein (2020: 291; 2021: 293), während **Sachbeschädigungen** (2020: 92; 2021: 141) und **Sonstige** Vorfälle (2020: 46; 2021: 32) machen zusammen 4 Prozent der Vorfälle aus.

29 Prozent aller Vorfälle sind **rassistisch** motiviert (2020: 1306; 2021: 1428), 22 Prozent **antisemitisch** (2020: 774; 2021: 1043). 15 Prozent waren der **Verharmlosung des Nationalsozialismus** (2020: 619; 2021: 720) und 16 Prozent der **rechten Selbstdarstellung** (2019: 323; 2020: 499) zuzuordnen. 12 Prozent der Vorfälle richteten sich gegen **politische Gegner\*innen** (2020: 383; 2021: 563), 4 Prozent waren **LGBTIQ\*-feindlich** motiviert (2020: 169; 2021: 198), 1 Prozent waren **behindertenfeindlich** (2020: 64; 2021: 66) und **sozialchauvinistisch** (2021: 21; 2020: 9). Aus den Daten für 2021 gehen vier Entwicklungen hervor:

1. **Anstieg von Propaganda:** Corona-Leugner\*innen und "Querdenker\*innen" benutzten Holocaust-Vergleiche und NS-Symbolik, um gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie zu protestieren. Protestierende verglichen sich mit politischen und jüdischen Verfolgten der NS-Diktatur. Beispiele sind der Davidstern mit der Aufschrift „Ungeimpft“, die Parole „Impfen macht frei“, die an die Toraufschrift „Arbeit macht frei“ an mehreren NS-Konzentrationslagern erinnert, die Bezeichnung der Impfung gegen Covid-19 als Menschenversuch nach Vorbild des NS-Arztes Joseph Mengele oder die Bezeichnung bundeseinheitlicher Regelungen zur Pandemiebekämpfung als „Ermächtigungsgesetz“. Dieses Spektrum an Protestierenden ergänzte das sonst übliche Aufkommen an Propaganda erheblich. Hinzu kommt das Wahljahr und damit der Wahlkampf im Jahr 2021 in Berlin. Extrem rechte Parteien warben für sich selbst und ihre Ideologien. Auch das führte zum Anstieg der Propaganda.

2. **Anstieg antisemitischer Vorfälle:** Der Anstieg ist nicht allein auf Holocaust- und NS-verharmlosende Äußerungen im Zusammenhang mit der Pandemie zurückzuführen. So dokumentierte die Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus Berlin vor dem Hintergrund der militärischen Auseinandersetzung zwischen Israel und der islamistischen Hamas allein zwischen dem 9. Mai und 8. Juni 226 antisemitische Vorfälle. Mehr als die Hälfte dieser Fälle ereignete sich Online (123): per E-Mail oder in den sozialen Netzwerken wurden insgesamt 53 jüdische / israelischen Personen und in 104 Fällen jüdische / israelische Organisationen gezielt angefeindet. In dem Zeitraum wurden jedoch auch sechs antisemitische Angriffe bekannt. Zudem wurden auf 18 Demonstrationen antisemitische Parolen gerufen. Als im Oktober der jüdische Sänger Gil Ofarim Antisemitismus in einem Leipziger Hotel beklagte, erhielten jüdische

Organisationen und Einzelpersonen massenhaft antisemitische Zuschriften. Dass sich Gewalt gegen die Sichtbarkeit jüdischen Lebens in Berlin auch losgelöst von politischen Entwicklungen im Nahen Osten oder der Corona-Pandemie ereignen, belegen vier zerstörte Chanukka-Leuchter im Dezember in den Bezirken Lichtenberg, Mitte, Treptow-Köpenick und Tempelhof-Schöneberg.

**Julia Kopp**, Mitarbeiterin von **Recherche- und Information Antisemitismus Berlin** kommentiert: *“Der Bericht der Berliner Register zeigt, dass Antisemitismus weiterhin ein zentrales Problem in der Hauptstadt ist. Besonders viele Vorfälle ereigneten sich im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie oder als antisemitische Reaktionen auf die erneute Eskalation im palästinensisch-israelischen Konflikt im Mai 2021, die in vielen Fällen unmittelbar gegen Jüdinnen und Juden in Berlin gerichtet waren. Doch auch neben diesen Anlässen begegnete Antisemitismus Jüdinnen\_Juden in ihrem Alltag, etwa als Beleidigung auf der Straße oder in den Sozialen Medien. An mancher Stelle prägte er das Berliner Stadtbild. Zu dieser Kontinuität gehören eindeutig aber auch antisemitische Gewaltvorfälle in verschiedenen Berliner Bezirken.”*

**3. Dunkelfeld an Diskriminierungen wird heller:** Mehr Beratungsstellen, die bei Diskriminierung beraten, stellen den Registern Vorfalldaten zur Verfügung. Es ist anzunehmen, dass der Anstieg der Fallzahlen in der Kategorie „Strukturelle Benachteiligung“ auf die neuen Quellen zurückzuführen ist. 86 Prozent dieser Fälle haben einen rassistischen Hintergrund. Diese Fälle steigen nicht an, weil sie häufiger passieren, sondern weil sie dank der Beratungsstellen und der Betroffenen, die sie melden, sichtbarer werden.

Das Projekt **EACH ONE** Antidiskriminierung dokumentiert für Berlin Vorfälle von Anti-Schwarzem Rassismus. Die Projektleiterin **Joanna James** fordert: *“Community fokussierte Beratungsstellen mit spezifischer Expertise in anti-Schwarzem Rassismus müssen zusammen mit einem übergreifenden Monitoring von anti-Schwarzem Rassismus deutschlandweit etabliert werden.”*

**4. Vereinfachte Meldewege:** Je einfacher Vorfälle gemeldet werden können, desto eher werden sie gemeldet. Die Registerstellen haben 2021 ihre Präsenz in sozialen Netzwerken erhöht. Alle Register hatten befristet auf ein Jahr mehr Personal und konnten Zeit in Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit investieren. Ein Meldeformular auf der neu gestalteten Internetseite, die Antidiskriminierungs-App (AnDi) und bezirkliche Messenger-Gruppen ermöglichen Meldungen von unterwegs.

**Kati Becker**, Koordinatorin der Berliner Registerstellen kommentiert die Vorfalldaten für 2021: *„Der Anstieg der Vorfälle spiegelt das gesellschaftliche Klima des vergangenen Jahres wider und zeigt außerdem, dass das Netzwerk derjenigen wächst, die sich am Entstehen der Dokumentation beteiligen. Je mehr wir wissen, desto klarer können wir Probleme benennen. Die Zunahme der antisemitischen und rassistischen Vorfälle zeigt eindrücklich, dass es eine starke, solidarische und vernetzte Zivilgesellschaft braucht, die sich gemeinsam gegen Ausgrenzung und Diskriminierung stellt.”*

Die Berliner Register dokumentieren neben gewalttätigen Angriffen und massiven Bedrohungen auch andere Vorfälle wie zum Beispiel Propaganda-Delikte und Beleidigungen. Ziel der Register ist es, alltägliche Formen von Diskriminierung sichtbar zu machen, um rechtzeitig Impulse für die Entwicklung von Gegenstrategien zu geben.

Rückfragen an Kati Becker, Koordination Berliner Register, Tel: 0152 - 04 42 57 46, E-Mail: [info@berliner-register.de](mailto:info@berliner-register.de)

Die Koordinierung der Berliner Register ist ein Projekt in Trägerschaft der pad gGmbH.



Die Berliner Register erhalten Fördermittel des Berliner Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ der Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung.

